

Neue Pader Zeitung

Die älteste, größte und verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Redaktion und Geschäftsstelle

Petrikauer-Strasse Nr. 15.

Telephon Nr. 283.

Einzelne Lokale: Sachposten Nonpoststelle oder deren Raum 40 Mk. Stollengasse 30 Mk. Ausland 5 Mk. deutsche Währung. Telegramm- und Postkarte im Text od. am der 1. Seite (dann in Breit 1180 Mk. Ausland 12 Mk. deutsche Währung. Einzel. 200 Mk. u. Nonpostseite. Bei Anstalt, Schrägal u. dergl. 50 Prozent Aufschlag. Anträge werden nach Möglichkeit nur platziert, es können aber besondere Anordnungen nicht berücksichtigt werden, daher auch keine dahingehenden Retentionen. — Anzeigenannahme buch alle Annoncen-Büros.

Nr. 283.

Freitag, den 14. Oktober 1921.

20. Jahrgang.

Am Vorabend der Entscheidung über Oberschlesien.

Die letzte Sitzung des Völkerbundes.

Genf, 12. Oktober (Pat.) Vom Spezial-Korrespondenten der Pat. Die heutige Frühung des Völkerbundes dauerte 8 Stunden, wobei verschiedene Einzelheiten wirtschaftlichen und technischen Charakters erledigt wurden. Die im Projekt des Völkerbundes vorgesehene gewisse Kommission in Oberschlesien wird aus 6 Mitgliedern bestehen und zwar aus 2 Deutschen, 2 Polen und aus einem Belgier, der vom Völkerbund ernannt wird. Die Nachmittagsitzung wurde auf 3 Uhr 30 Min. festgesetzt. Es wird dies die letzte Sitzung der Liga in Sachen Oberschlesien sein.

Die Bekanntmachung des Beschlusses des Völkerbundes erfolgt Sonntag oder Montag, wahrscheinlich gleichzeitig in Paris, London, Rom und in Genf, Briand wird im Namen des Obersten Rates die Washingtoner und Berliner Regierungen usw. dem gefassten Beschluss wahrhaftig am Sonntagabend in Kenntnis setzen.

Genf, 12. Oktober (Pat.) Vom Spezial-Korrespondenten der Pat. 7 Uhr abends. Die letzte Sitzung des Völkerbundes in der ober-schlesischen Frage wurde um 6 Uhr abends geschlossen. Das Dokument, das den Beschluss enthält, wird, versehen mit den Unterschriften der Mitglieder des Rates, noch heute abend nach Paris geschickt und morgen Briand überreicht. Abends verlassen die Mitglieder der Liga Genf.

Zwillinges Kommunikat des Rates für die Presse.

Genf, 12. Oktober (Pat.) Vom Spezial-Korrespondenten der Pat. Die letzte Sitzung des Völkerbundes in der ober-schlesischen Frage dauerte sehr kurz, ihre war eine gewöhnliche Sitzung der Liga in laufenden Angelegenheiten vorgegangen. Die die Sitzung veranlassenden Mitglieder des Rates brachten ihre Befriedigung über die erzielten Resultate zum Ausdruck. Die Mitglieder nahmen also von einander Abschied und verabschiedeten sich auch von dem Generalsekretär der Völker-Liga Sir Eric Drummond, den die Mitglieder des Rates zu der von ihm geleiteten Arbeit beglückwünschten.

Nach der Sitzung wurde der Presse ein amtliches Kommunikat folgender Inhalts überreicht:

Der Völkerbund beendete seine Arbeiten bezüglich der Festsetzung der Grenzen in Oberschlesien. Ein Ratier reist heute ab, um morgen dem Vorsitzenden des Obersten Rates Briand die Antwort des Völkerbundes auf die Einladung vom 12. August, in welcher der Oberste Rat sich an den Völkerbund mit der Bitte um Hilfe in der Lösung der ober-schlesischen Frage wandte zu überreichen. Bei der Prüfung dieser Frage wählte der Völkerbund übereinstimmend mit den Bestimmungen des Versailleser Vertrages die während des Plebiszits ausgedrückten Wünsche der Einwohner Oberschlesiens, sowie die Situation des Landes in geographischer und wirtschaftlicher Hinsicht in Betracht ziehen. Die erste Schwierigkeit ergab sich aus dem Umstand, daß die für Deutschland oder Polen stammenden Einwohner, in wechselnder Proportion, je nach dem Bezirk sehr gemischt waren. Es war daher nicht möglich, eine solche Grenze festzusetzen die auf einem Polen zuerkannten Territorium eine gewisse Anzahl Einwohner nicht zurücklassen würde, die für Deutschland stimmten und umgekehrt, auf einem Deutschland zuerkannten Territorium eine gewisse Anzahl Einwohner, die für Polen stimmten. Der Völkerbund konnte infolgedessen nichts mehr tun, als diese Schwierigkeiten bis auf ein Minimum zu reduzieren und die projektirte Grenze möglichst den Resultaten des Plebiszits anzupassen. Die Grenzlinie, die übereinstimmend mit oben erwähnten Bedingungen durchgeführt wurde, mußte auf diese Weise Gebiete durchschneiden, die in enger gegenseitiger Abhängigkeit in industrieller Hinsicht verblieben. Die Bildung einer neuen Grenze in diesen Gebieten, die in einem nach demselben politischen und industriellen System sich wirtschaftlich entwickelten, könnten auf beiden Seiten der neuen Grenze katastrophale Folgen nach sich ziehen. Die Kommission der Vier hat zur Festsetzung der neuen Grenze vertrauenswürdige Spezialisten als Sachverständige herangezogen und sie ermächtigt die Frage der eventuellen wirtschaftlichen Bestimmungen zu prüfen. Das Projekt der Bestimmungen, deren Annahme die Sachverständigen anempfohlen haben, sieht eine Reihe von Anordnungen zur gerechten Regelung solcher Angelegenheiten vor, wie Eisenbahn-Kommunikation, Lieferung der elektrischen Energie, Erhebung von Zöllen u. a. von Kohle

und Zink und Beibehaltung der deutschen Wärend auf den Polen zuerkannten Gebieten.

Der Völkerbund empfiehlt dem Obersten Rat dieses Projekt sowie die Garantien, die die politischen Minderheiten betreffen, anzunehmen. Nur in dieser Weise war es möglich, den politischen Aspirationen der Einwohner bei gleichzeitiger Sicherstellung der Beibehaltung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes entgegenzukommen.

Der Eisenbahnknotenpunkt Lublinsk kommt an Polen.

Genf, 12. Oktober (Pat.) Vom Spezial-Korrespondenten der Pat. In Sachen der Grenze in Oberschlesien, die vom Völkerbund festgesetzt wurde, erfahre ich nach, daß Polen noch der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Lublinsk zuerkannt wurde. Außerdem erhielt ich aus vollständig glaubwürdiger Quelle die Bestätigung der Wichtigkeit aller Einzelheiten, die von mir in der gestrigen Depesche über die Grenzen in Oberschlesien mitgeteilt wurden.

Vern, 13. Oktober (Pat.) Wie die Schwyz-Telegraphenagentur erzählt, wird die Teilung des Lubliner Kreises in der Weise durchgeführt werden, daß die Stadt Lublinsk Polen zuerkannt werden wird.

Der Dank des Baron Abi.

Genf, 12. Oktober (Pat.) Vom Spezial-Korrespondenten der Pat. Zum Schluß der letzten Sitzung des Völkerbundes hielt der Präsident des Rates Baron Abi eine kurze Ansprache, wobei er bemerkte, daß die glückliche Lösung der ober-schlesischen Frage ein entscheidendes Moment für das Bestehen der Völker-Liga darstelle. Er dankte dann den Mitgliedern der Kommission der Vier, sowie den Vertretern Frankreichs, Englands und Italiens, die Beweise der Verbindlichkeit bezeugten. Schließlich dankte er für die Sympathie, auf der historischen Sitzung, die der ober-schlesischen Frage gewidmet war und die zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt beitragen wird, den Vorsitz führen zu dürfen.

London, 13. Oktober (Pat.) Lord Curzon empfing heute den polnischen bevollmächtigten Minister Dr. Wohlsmut.

Paris, 13. Oktober (Pat.) Die „Petit Par.“ aus Berlin meldet, verurteilte Reichskanzler Wirth in der Sitzung des Ministerrates sogleich die Initiative Mosens. Der Standpunkt des Kanzlers wurde vom ganzen Kabinett lebhaft unterstützt. Wirth und Rathenau äußerten dabei die Ueberraschung, daß die Ausführung des Ultimatus sowie des Wiesbadener Abkommens für Deutschland eine allgemein wichtige Bedeutung habe, die bedeutend größer sei, als die ober-schlesische Frage. Diese Ansicht Wirths und Rathenaus unterstützten alle Minister aus dem demokratischen und sozialistischen Lager.

Paris, 13. Oktober (Pat.) Die „Petit Par.“ aus Berlin meldet, wurde die Vollmacht der deutschen Völkervertreter, Schritte bei der spanischen und englischen Regierung zu unternehmen, auf Initiative des Außenministers Rosen und ohne Wissen des Kanzlers Wirth erteilt. Es war dies in Wirklichkeit ein Mandat der von Stresemann im Einvernehmen mit dem Minister Rosen gegen den Reichskanzler Wirth geleiteten Kamarkilla.

Berlin, 13. Oktober (Pat.) In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab Reichskanzler Wirth im Namen der ganzen Kabinetts folgende Erklärung ab: Nach den bisherigen unwidererufenen Nachrichten hat der Völkerbund über das Schicksal Oberschlesiens in der Weise entschieden, daß weder die Ergebnisse der Abstimmung noch die wirtschaftlichen Forderungen berücksichtigt wurden.

Bestätigt der Oberste Rat diese Entscheidung, dann werden deutsche Städte mit allen Erzeugnissen des deutschen Geistes, der deutschen Arbeit und Kultur von Deutschland getrennt und kommen unter fremde Herrschaft. Die Erhebung dieses Gebiets wird nicht nur die Mehrheit der ober-schlesischen Bevölkerung schmerzhaft empfinden, sondern das ganze deutsche Volk wird diese Entscheidung als unerhörte Gewalttat und höchste Ungerechtigkeit hinhinnehmen.

Eine solche Entscheidung wird nicht eine friedliche Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse verursachen, sondern eine ungeheure Erhebung und Hag.

Zum Schluß erklärte der Reichskanzler zusammenfassend, wenn die Entscheidung so anfallen sollte, wie zu befürchten ist, dann werde eine Lage geschaffen, die die gegenwärtige Regierung zum Rücktritt zwingen würde.

London, 13. Oktober (Pat.) „Daily Chron.“ bespricht die ober-schlesische Frage in ganz anderer

Tone, als in den vorhergehenden Tagen und sagt, von einem Druck der englischen Regierung auf den Völkerbund könne keine Rede sein.

Paris, 13. Oktober (Pat.) Morgen soll Briand in der Kabinettsitzung die Minister mit dem Gutachten des Völkerbundes in der ober-schlesischen Frage bekanntmachen.

Warschau, 13. Oktober (Pat.) In hiesigen diplomatischen Kreisen wird angenommen, daß den Regierungen von Polen und Deutschland die Entscheidung des Völkerbundes am Sonntagabend, den 13. Oktober mitgeteilt werden wird.

Zur Entwaffnung Deutschlands.

London, 12. Oktober (Pat.) Times bringt einen längeren Artikel in Sachen der Entwaffnung Deutschlands und lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß die Entwaffnung nicht vollständig durchgeführt wurde. Die Zeitung spricht die Ansicht aus, daß es die Pflicht der Staatsmänner sei, sich vor einem neuen Kräfte seitens V. u. G. zu schützen.

Der Sejm.

253. Sitzung vom 13. Oktober.

Es wurde weiter über Finanzfragen und das Budget der Finanzminister beraten.

Abg. Wozniak (Wyzwol.) sagt, die Reduzierung der Rente solle zweckmäßig durchgeführt werden. Redner ist gegen die Verpachtung staatlicher Unternehmungen, und die Aufhebung des ständigen Arbeitstages. Die einmalige Steuer solle nicht die Armen belasten und die Reichen umgehen.

Abg. Waszkiewicz legt der Sparsamkeitkommission großes Gewicht bei, da das bereits von früheren Ministern gesagt wurde. Der Schwerpunkt bei der Sanierung der Finanzen liege in der Stärkung der Einnahmen. Die Arbeiterklasse werde sich den Opfern nicht entziehen, wenn sie sehen wird, daß der Minister die Lasten gleichmäßig und gerecht verteilt. Redner fordert kategorisch die Streichung des Art. 4, der ein Aufschlag auf den ständigen Arbeitstag sei.

Abg. Stapiński widerlegt die Erklärung des Premier- und Finanzministers, wonach es den polnischen Bürgern gut und der Regierung schlecht ergehe. In Polen gehe es nur den Großgrundbesitzern, den Kaufleuten und Industriellen sowie den Schiefern aller Arten gut.

In Polen haben wir heute in 112 Gemeinden den schwarzen Streik, wir müssen achtgeben, daß es sich nicht eines Tages über ganz Polen ausbreitet. Der Staat besitzt große Vorräte an Land, die er verkaufen kann. In Amerika gibt es 3 Millionen Polen, die Dollars besitzen und bereit sind, mit Dollars zu zahlen, wenn ihnen Land in der Heimat zugeföhrt wird. Im Lande haben wir Bauern, die gleichfalls Dollars besitzen. Der Staat mache ihnen Land ausfindig und sie werden im Laufe eines Monats etwa eine halbe Million Dollars einbringen. Die Randgebiete müssen befestigt werden. Der Kommunismus und die monarchistische Agitation bedrohen Polen. Der Klub des Redners Wane der Finanzminister nicht unterstützen.

Nach den Reden des Abg. Maslanka und Hartglas werden die Debatten auf morgen vertagt.

Abg. Hjalak behauptet die Dringlichkeit des Antrages in Sachen der Arbeitslosigkeit in den militärischen Betrieben in Polen, wo massenhaft Arbeiter entlassen werden.

Regierungsmittler Sochnowski: Wir haben die Liquidierung der gewerblichen Betriebe des Kriegesministeriums angeordnet, infolge 1) der Demobilisation, 2) der Sparpolitik und 3) mit Rücksicht auf das Angeben des Stabes in der militärischen Industrie und Berücksichtigung der privaten Initiative dort, wo es möglich ist. Der Minister des preussischen Landgebietes habe versprochen mehrere militärische Betriebe in sein Budget aufzunehmen.

Die Dringlichkeit des Antrages wird abgelehnt. Der Marschall gibt bekannt, daß ein Regierungsentwurf über die außerordentliche Abgabe (danina) eingegangen ist, der morgen zur Verhandlung gelangen wird.

Von der Verfassungskommission.

Warschau, 12. Oktober (Pat.) Die Verfassungskommission hat die 4. Sitzung von hiesiger abgehalten. Eine neuer Sitzung wurde der Durchsicht der Gesetzesvorlage über das Verhältniß des Sejmats zu der evangelischen kirchlichen Kirche gewidmet. Die Kommission begann die Debatte über diese Gesetzesvorlage am 13. vor einem Jahre. Das evangelische Konfession war gegenwärtig mit den begründeten Bitte um Freigabe dieser Angelegen-

heit hervorgehoben. Im Art. 13 wurde auf Antrag des Abg. Dubonowicz die Zahl von 880 Sejmats ordnen laut dem Regierungsprojekt auf 400 vermehrt. Im Art. 14 wurde auf Antrag des Abg. Pzarcz Inoslawski folgende Bestimmung angenommen: Die Einteilung in Wahlkreise sowie die Anzahl der Abgeordneten, die auf die einzelnen Wahlkreise entfallen, wird alle 10 Jahre durch eine besondere Gesetz, in der allgemeinen Volkszählung festgelegt werden.

Die Verpflegungs-Kommission hielt eine Sitzung ab, auf der der Delegierte des Ackerbau-Ministeriums statistische Daten über die vorhandene Menge des Getreides und über den eventuellen Bedarf unterbreitete.

Die Verlehrs-Kommission unter dem Vorsitz des Abg. Rajca hörte den Bericht des Ministers Sieroszewicz über den gegenwärtigen Stand der Post und Telegraphen und über die Absichten für die Zukunft an. In der Diskussion lenkte man besonders Aufmerksamkeit auf die radiotelegraphische Verbindung zwischen Polen und Amerika, auf die städtische Telefon-Verbindung, sowie auf die Erhöhung des Gewichtes der Postsendungen ins Ausland und auf die Post-Erleichterungen auf dem Lande.

Aus Rußland.

Rückkehr zum alten.

Smolensk, 13. Oktober (Pat.) Der Bielski'sche retournierte 7 Lederfabriken ihren ehemaligen Besitzern.

Moskau, 13. Oktober (Pat.) Hier wurden 8 Industriebetriebe verpackt.

Teror der Antifolkschawisten.

Moskau, 13. Oktober (Pat.) Die Sowjetpresse behauptet, die antifolkschawistischen politischen Organisationen seien zu der Methode des terroristischen Kampfes übergegangen. Dieser Kampf wurde nach Ansicht der Sowjetblätter, mit Hilfe des Verbrennung und Zerstörung von Brücken, Mühlen, Fabriken und Lagern geführt.

Der griechisch-türkische Krieg.

Paris, 13. Oktober (Polypres.) Eine Meldung aus Konstantinopel zufolge hat Kemal Pascha den Vorschlag zur Aufnahme der Verhandlungen mit den Griechen bedingungsweise angenommen. Die militärischen Kreise halten dies jedoch nur für ein Mandat, um Zeit zu gewinnen. Die Armee Kemal Paschas sei stark genug, um die Griechen hinter die Linie Afum-Karabissar zurück zuwerfen.

Kaufmännisch-türkisches Abkommen.

Moskau, 13. Oktober (Polypres.) Am 13. Oktober soll die Unterzeichnung des Abkommens zwischen den kaufmännischen Republiken und der Türkei erfolgen. Auf Grund dieses Traktats erhält die Türkei das Recht zur Benutzung des Hafens von Batum und des Seewegs durch Straßen.

Der Aufstand in Indien.

London, 13. Oktober (Pat.) Reuter meldet, daß die Engländer nach einem heftigen Kampfe um Anus die Muselmanen aus der Stadt vertrieben haben. Die Unterdrückung des Aufstandes macht im allgemeinen günstige Fortschritte.

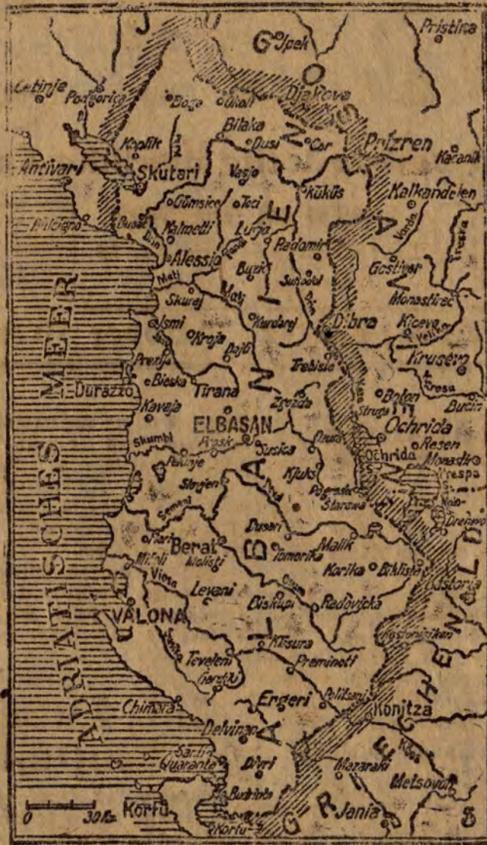
Wiener Alarmmeldungen.

In Berlin wird halbamtlich in Abrede gestellt, daß eine Abordnung der Tiroler Landesregierung sowie der führenden Parteien in Berlin Auswärtigen Amt wegen des Anschlusses an Deutschland verhandelt hätte. Verhandelt sei lediglich mit drei Beamten des Landwirtschaftsministeriums in Berlin und München wegen einer Belieferung Tirols mit Kartoffeln.

Schon seit längerer Zeit flüchteten aus Wien Nachrichten urch, die anzudeuten schienen, daß in Deutsch-Österreich sich allerlei vorbereiten. Da aber die Wiener Zeitungsschreiber aufgeregte Leute sind, wurden ihre Ankerufe nicht sonderlich ernst genommen, obwohl an sich Bündnisse genug in Deutsch-Österreich vorliegen, der eine Explosion schon erklären lassen könnte.

Um sich ein Bild über die Lage machen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß sich in Ungarn karistische, in Wien legitime-monarchistische und kommunistische und überall französische Absichten kreuzen, die zunächst auf das gleiche Ziel losstreuen. Der Ausgangspunkt ist der Streit um das Burgenland, der in Ungarn als Antriebskraft nationalistischer Stimmungen wirkt, in Deutsch-Österreich aber den beschämenden Beweis der völligen staatlichen Ohnmacht erbrachte, verbunden mit der Angst vor einem ungarischen Ueberfall und der Sorge von Hungerkavallen. In Wien ist die

Südslawiens Vorgehen gegen Albanien.



Zum Vordringen Südslawiens gegen Albanien.

Erweiterung des Gebietes infolge der Massenmigration plötzlich zu einem Notverkauf führte, aber auch das Signal einer kommunistischen Erhebung sein kann. Und dieses Signal würde nun wieder hinüberreichen auf Tirol, wo das „Cos-von-Wien-Verlangen“ seit der Einheitsabstimmung immer stärkeren Umfang angenommen hat.

Zu der Meldung eines Berliner Blattes, daß zu den Bestrebungen der Tiroler, eine selbständige Republik Tirol zu proklamieren, auch Wünsche der bayerischen Monarchisten kämen, die eine Vereinigung Bayerns mit Tirol unter den Mittelbädern anstrebten, bemerkt die „Bayerische Staatszeitung“: „Mit dieser Mitteilung will man offenbar die Sorge gegen Bayern nicht zum Stillstand kommen lassen. Nur Phantasten und Tollhändler könnten den zur Verwirklichung solcher Pläne unbedingt nötigen Anstrengungen unternehmen und sich von ihm Erfolgs versprechen. Das bayerische Volk in seiner erwachsenen Weisheit lehnt einen derartigen Wahnsinn als Verbrechen an Land und Reich entschieden ab.“

Nicht ganz klar ist die Rolle, die bei allen diesen Dingen der französische Gesandte in München spielt. Und zwar mit Hilfe des mit französischem Geld gegründeten Nachrichtenbureaus.

Ein Unterredung mit dem deutschen Kronprinzen.

Ein Mitarbeiter des katholischen Blattes „Der Echo“ hatte auf Verlangen eine Unterredung mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen, wobei dieser u. a. erklärte:

„Vorstellend aus pekuniären Gründen gedenke ich bis auf weiteres auf Verreisen zu bleiben. Natürlich würde ich lieber in Deutschland wohnen, aber der Stand der deutschen Valuta und auch die Wohnungsnot halten mich davon zurück. Aus denselben Gründen besuchen mich meine Frau und die Kinder nur einmal im Jahre. Wie schreiben wir einander regelmäßig zwei- bis dreimal im Monat ausführlich. Ich schreibe auch jedem meiner Söhne im Monat. Meine Frau führt den Haushalt mit großer Hingebung. Im übrigen wird sie durch die Erziehung der Kinder völlig in Anspruch genommen, denn die Umsätze erfordern es, daß alle später selbst einmal ihr Brot verdienen können. Mein ältester Sohn hat schon ein paarmal geschrieben, daß es hohe Zeit für mich sei, selbst die Leitung zu Hause zu übernehmen. Ich werde jedoch so lange in Holland bleiben, bis ich die feste Überzeugung gewonnen habe, daß meine Mütter keine schädlichen Folgen in Deutschland haben kann. Bis heute habe ich noch mit niemandem gesprochen, der mir hätte sagen können, wann ich als deutscher Vagabond in meinem Vaterlande leben könnte, um mich der Erziehung meiner Kinder zu widmen.“

Amerika und Skandinavien.

Mr. C. A. Carlson, der nach vierjähriger Tätigkeit als Vertreter der weltbekannten Gillette Razor Company nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist, hat dem New Yorker Vertreter des R. P. S. gegenüber folgende Äußerungen über den skandinavischen Markt gemacht:

„Deutschland und England bekommen in Norwegen, Schweden, Dänemark, ja auch in Polen und Rußland das ganze Geschäft in die Hand, während die Amerikaner dank ihrer Richtigkeit weit zurückbleiben, obwohl sie in den skandinavischen Ländern die beste Gelegenheit zu Geschäften hätten. Sie müßten dann aber noch vieles lernen. Die amerikanischen Kaufleute sagten mir, ihnen lägen Tausende von Fellen vor, in denen amerikanische Waren nicht dem Muster entsprachen hätten. Der große Kopienhändler Friedrichsen liegt voller amerikanischen Waren, die wegen ihrer hohen Preise unerschwinglich sind. Die Eigentümer sollten sie, wie sie es im Süland getan, zu jedem Preise, auch mit Verlusten, loschlagen, zum Besten eines künftigen Geschäftes, aber bisher haben sie sich doch dazu nicht entschließen können. Die amerikanischen Geschäftsmänner haben sich in den letzten paar Jahren verhalten lassen — nur sie konnten Waren liefern, und Europa mußte zu den von ihnen gestellten Bedingungen und Preisen abnehmen. Nunmehr hat sich die Situation verkehrt. Der deutsche Verkäufer, der einen Auftrag erhält, weiß, daß er die Ware gemäß den Vereinbarungen und Mustern liefern muß, wenn sie abgenommen werden soll. Wie Amerikaner scheinen nicht imstande zu sein das innezuhalten, sondern verlangen von den ausländischen Kunden, daß er kauft, was wie für ihn als das Beste befindet.“

Der Wiederaufbau des Doney-Beckens.

Wie der „Nebener-Dienst“ mitteilt, werden in England die größten Anstrengungen gemacht, um die Industrie des reichen Doney-Beckens wieder aufzubauen. Bei einer Sitzung der Plankommission, welche die Angelegenheit des Wiederaufbaus behandelte, wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: Unter Ausschluß der Kohlenbergbau-Industrie sollen alle Kräfte und Mittel des Staates für den Wiederaufbau der Industrie im Südsüdgebiet angewendet werden; für die kombinierten Unternehmungen sollen ausländische Unternehmer herangezogen werden. Eine Beteiligung ausländischer Kapitalien an der chemischen Industrie wurde für wünschenswert anerkannt.

In der Frage der Konzessionen wurde beschlossen, eine Sonderkommission nach dem Auslande zu entsenden. Für den Wiederaufbau der Kohlenbergbau-Industrie wurde beschlossen, in vollem Umfange die Grundlage der Kombination der leistungs-fähigsten Fabriken und der in der Nähe gelegenen Gruben zu verwenden. Die mittleren Gruben sollen an die privaten Unternehmer unter besonderen Schutzverträgen bei Kontrolle der Regierung abgegeben werden. Um Bedingungen zu schaffen, die die Entwicklung der Industrie im Doney-Becken fördern können, soll eine einflussreiche Tarifpolitik

Zwischen Südslawen und Albanien scheint es 1920 einberufen. Auch wurde die Abwendung einer Note an die Alliierten beschlossen, in der gegen die Grenzlinien, wie sie 1913 zwischen Albanien und Serbien festgelegt wurden, protestiert wird. In einigen albanischen Gebieten, die zu Südslawien gehören, wird eine lebhaft propagandistische Bewegung an Albanien betrieben.

aufgehoben und das Prämiensystem bei der Verproviantierung angewandt werden. Unter diesen Bedingungen beschließt man, im Doney-Becken im Jahre 1922 über 400 Millionen Pfd. Heizmaterial zu erzeugen.

Daß diese teilweise Wiedergulassung des privaten Unternehmertums nur aus der bitteren Not heraus geschieht, beweist ein Bericht über die Lage im Doney-Becken. Dort ist die Förderung der Kohle beträchtlich zurückgegangen, so daß ein Teil der Arbeiter schon abgewandert ist. Die Förderung ging von 9,6 Millionen Pfd. im Juli auf ca. 7 Millionen Pfd. im August zurück. Die Vorräte sind sehr gering, so daß die größten Anstrengungen nötig sind, wenn man eine Besserung erreichen will. Die Verproviantierung des Doney-Beckens liegt in den ersten Augusttagen sehr viel zu wünschen übrig und war nicht höher als 25 Prozent des Ausführungsplanes. Die Sowjetregierung bestatigt sich daher in den größten Schwierigkeiten und greift nunmehr zu dem äußersten Mittel, nämlich der teilweisen Wiedergulassung des freien Unternehmertums zurück. Hieraus ist zu ersehen, daß man selbst in Sowjetrußland, wo doch tatsächlich jedes Mittel zur Durchführung der sozialistischen Idee versucht worden ist, sich zu dem Eingeständnis bekennen muß, daß man mit sozialistischer Experimenten Doney-Becken nicht wieder aufbauen kann. Nur die Individualwirtschaft, d. h. die freie Schaffensmöglichkeit eines Jeden, ist in der Lage, das wieder-gedehnte Wirtschaftszentrum wieder aufzurichten.

Chronik u. Pokales.

Zum Aufenthalt der englischen Journalisten in Lody.

Das Diner zu Ehren der englischen Journalisten, das vorgestern Abend im Grand-Hotel stattfand, nahm einen würdevollen Verlauf. Erschienen waren die Vertreter der Wojewodschaft, der Stadtverwaltung, die Repräsentanten der in Lody garnisonierenden Truppen, des Handels und der Industrie, der Finanzinstitutionen und der Lodyer Presse. Auch war der englische Geschäftsträger in Lody Hr. Greenwood mit Gattin erschienen. Es herrschte eine gehobene, animierte Stimmung. Den Reigen der Toaste eröffnete der Vertreter der Wojewodschaft Herr Ingenieur Grocholski, der die englischen Gäste willkommen hieß, worauf der Mitarbeiter der „Western Mail“, Herr Fortville, in einer längeren Ansprache antwortete. Er hob hierin hervor, daß er seiner Freude darüber Ausdruck verliehe, daß er in Polen eine glänzende Entwicklung beobachtet habe, die geeignet ist, der Trägere der westlichen Kultur im Osten zu sein. Er wies darüber in seiner Heimat berichten. Er hat sich überzeugt, daß Polen keine imperialistischen Ziele verfolge, um die man es verächtliche, im Gegenteil, Polen ist zur friedlichen Kulturarbeit fähig zum Wohle der eigenen Bewohner und der gesamten Menschheit. Deshalb wird auch England bestrebt sein, mit allen Kräften Polen in seiner Entwicklung beizustehen und hierbei stets im Sinne der Gerechtigkeit vorzugehen. Im Namen der Stadt Lody begrüßte die englischen Gäste Herr Präsident A. Rzewski, indem er eine Parallele zwischen der Selbstverwaltung in England und in Polen zog. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Reformen, die man bei uns nach englischem Muster einzuführen hat, die besten Resultate zeitigen werden, wie das in England der Fall ist, wobei sich die Bande der Freundschaft zwischen beiden Ländern noch enger und fester gestalten werden. Nach jedem der Toaste spielte die Musik die englische, beziehungsweise polnische Nationalhymne. Sodann sprach der Oberst

Meccer, der die englisch-französisch-polnische Annäherung hervorhob und auf diese Freundschaft toastete. Die Musik spielte die Marschallie, die englische und die polnische Nationalhymne. In einer längeren begeisterten Rede feierte Herr Greenwood die englischen Gäste. Es folgten dann noch einige Toaste.

Heute Vormittag sprachen im Grand-Hotel einige Personen der englischen Kolonie in Lody vor. Nach dem Frühstück begaben sich sodann die englischen Gäste zum Bahnhof, wo bereits der Spezialwagen für sie bereitgestellt war. Das Geleit zum Bahnhof gaben ihnen die Vertreter des Lodyer Presse-Syndikats, der Herr Stadtpräsident Rzewski, und der Vertreter der Lodyer Wojewodschaft Dr. Raczynski. — Die englischen Journalisten begeben sich jetzt nach Warschau, um von dort nach der Heimat zurückzukehren. Aus Lody haben die Herren und Damen die schönsten Erinnerungen mit auf den Weg genommen.

Stimmliche Schauspiele.

Planetenzusammenkunft am Morgenhimmel.

In den Monaten Oktober und November spielt sich am Nachthimmel ein seltsames Schauspiel ab, das nicht nur für den Liebhaberschauspieler, sondern für jeden Naturfreund von großem Reize sein wird. Die hellsten und interessantesten Systeme, Venus, Mars, Jupiter und Saturn (später vorübergehend auch Merkur) werden sich am Nachthimmel in den Morgenstunden ein Schauspiel geben, das in seiner Eigenart nicht zu den Alltäglichkeiten gehört. Noch zu Anfang des Monats Oktober sahen wir in den ersten Frühstunden nur Venus und Mars über dem östlichen Horizont. Der hellere, aber der beiden Planeten, ist Venus, die bisher als Morgenstern strahlend vor der Sonne voranzog. Die beiden Planeten standen zu Beginn des Monats noch im Süden, unterhalb des Fixsterns Regulus. Am 8. Oktober überholte Venus den Mars, um dann sofort in raschem Laufe sich nach links von ihm zu entfernen. End Mars wanderte in der gleichen Richtung weiter, und dieser Verlauf führt die beiden Planeten bald zum Sternbild der Jungfrau hinab, wo zwischen den Fixsternen Beta und Gamma in zwischen die Planeten Jupiter und Saturn angeordnet sind.

Am die Mitte des Monats Oktober hat sich das Bild so geordnet, daß sich in einem blickenden Sternbilde, das mit dem Fixstern Regulus beginnt, Mars, Venus, Saturn und Jupiter zum Horizont des Nordhimmels hinabziehen. Wer um die angegebene Zeit gegen 5 Uhr morgens den Himmel mustert, wird die prächtige Konstellation leicht aus den übrigen Sternen herausgreifen können. Der strahlendste dieser vier Planeten ist Venus, obwohl ihr Glanz fortgesetzt abnimmt. Das rasche Vordringen der Planeten verschiebt das Bild aber nach kurzer Zeit von neuem. Venus läßt im letzten Monatsdrittel bereits zwischen Saturn und Jupiter hindurch. Wir verfolgen sie auf ihrem glänzenden Wege zum Saturn, an dem sie am 22. Oktober ganz dicht, bei nur 35 Minuten Abstand, südlich vorübergeht, und zu Jupiter, den sie am 25. Oktober 6 Uhr nachm., erreicht, um nur 31 Minuten nördlich an ihm vorbeizuzugleiten. (Auf diese beiden schönen Konstellationen sei besonders aufmerksam gemacht.)

Gegen Ende des Monats zeigt die ganze Planetenkonstellation dann folgende Gruppierung: Tief über dem Osthorizont Venus und Jupiter in prächtigem Glanze, über beiden Saturn, und im nächst-nächsten Abstände nach oben Mars, nach weiter darüber Regulus. Weit links im Nordosten blüht zur Begle-

vollständigen des Bildes ein stilles Fixsternversteck. Größe, Hellheit, über dem Horizont. In diese eigenartige Gruppierung tritt dann noch am 27. Oktober die schmale abnehmende Sichel des Mondes, der am besagten Tage in gleicher Länge zu Mars steht und an der ganzen Planetenreihe rasch hindurchzieht, wobei er am 28. Oktober, nachmittags, in Konjunktion zum Saturn, 11 Uhr nachts gleichen Datums zum Jupiter und am 29. Oktober zu Venus kommt.

Im November wird sich die Planetenkonstellation weiter verschieben, durch den Hinzutritt Merkur aber, der augenblicklich in den Strahlen der Sonne verborgen ist, ein weiteres glanzbringendes Bildchen erhalten.

Mondfinsternis.

Wie das astronomische Observatorium in Krakau mitteilt, erfolgt am Sonntag, den 10. Oktober a. e. eine teilweise Mondfinsternis. Das himmlische Schauspiel wird, sofern es die Witterung gestattet, in ganz Polen sichtbar sein. Die Finsternis beginnt um 11 Uhr 14 Minuten abends und endet um 2 Uhr 34 Minuten nachts.

Verabschiedet hat sich vorgestern im Gesandtschafts des General-Bezirkskommandos Oberst Kucharski, der sich auf einen höheren Posten nach den Grenzstaaten begibt. Er hatte sich fast das ganze Offizierskorps eingefunden. Der Chef des General-Bezirkskommandos, General Kizdowski hat in einer Ansprache die Verdienste des von Lody Scheidenden hervor. Im Namen der Untergebenen sprach Major Wajl und verabschiedete sich in herzlichen Worten von dem Oberst, der sich in Lody während einer dreijährigen Amtstätigkeit allgemeine Sympathien erworben. Am Abend fand daselbst zu Ehren des Scheidenden ein Bankett statt, wobei eine Reihe Toaste angebracht wurden.

Luftwaffensätze. Die französische Gesandtschaft teilte dem Ministerium des Reichens mit, daß der französische Aeroklub am 15. Oktober Weisungen (pöhlischer) Ballons veranstaltet. Gemäß der von der französischen Gesandtschaft geäußerten Bitte ist den genannten Fliegern im Falle einer Landung auf polnischem Territorium jede mögliche Hilfe zu leisten. — Es wird um Verbreitung dieses Auftrages in ganz Polen gebittet.

Kongress der Vereinte langtermintlichen Kredits in Warschau. Heute beginnt in Warschau der auf zwei Tage bemessene Kongress der Vereinte langtermintlichen Kredits in Polen. Dieser Kongress wurde auf Initiative des Kreditvereins der Stadt Lody zum Verband der Kreditvereine einberufen. Er handelt sich um Verordnungen über die durch den niedrigen Stand unserer Valuta geschaffene finanzielle Lage. Seitens des Kreditvereins der Stadt Lody haben sich die Direktoren die Herren St. Logezki, Lubatowski und Alexander Müller, sowie Bureaudirektor Leo Gajewski zum Kongress nach Warschau begeben.

Kongress der Immobilienbesitzer-Vereine in Warschau. Am nächsten Montag beginnt in Warschau ein auf drei Tage bemessener Kongress der Immobilienbesitzer-Vereine in Polen, um über die durch das Wiedereinstellen geschaffene unzulässige Lage der Hausbesitzer zu beraten. Von den beiden Lodyer Immobilienbesitzer-Vereinen begeben sich mehrere Delegierte nach Warschau, um an den Beratungen teilzunehmen.

Die gestrige Stadtverordneten-Sitzung wurde von Dr. Rosenfeld eröffnet, der mitteilte, daß der Magistrat einige Anträge bezüglich der Einführung neuer Steuern eingebracht habe, und zwar die Erhöhung des Spiritus und sämtlicher alkoholischer Getränke. Die Steuer wird von allen Personen, Institutionen und Unternehmen erhoben, die Spiritus und alkoholische Getränke sowie Weine nach der Stadt Lody einführen oder produzieren, und zwar in Höhe von 10%, der von der Regierung erhabenen Abgabesteuer, jedoch nicht weniger als 100 Mark von einem Hektar 100% Alkohol vom Spiritus und alkoholischen Getränken, sowie 10% der Zollgebühren von den aus dem Auslande bezogenen Weinen. Dieser Antrag wurde von der Stadtverordnetenversammlung angenommen. Ferner wurde eine zweite wichtige Steuer angenommen, und zwar die Erhebung einer Umsatzsteuer von den industriellen Produktionen. Sämtliche industrielle Unternehmungen, die Gewerbetreibenden von der 1. bis 4. Kategorie entrichten und Roh- oder Halbrohstoffe verarbeiten und herstellen sowie Großlager sind verpflichtet, eine Umsatzsteuer in Höhe von 0,5%, vom Verkaufswerte der hergestellten Gegenstände zu zahlen. Wie der Schiffe Badjan mitteilte, hat der Finanzminister Michalski einem Vertreter des Lodyer Magistrats erklärt, daß der Staat dem Magistrat keine Kredite mehr gewähren werde und ihm versprochen, die neuen Steuern, die das Defizit decken sollen, im beschleunigtem Tempo zu beschaffen. Die Fraktion P. V. S. brachte ferner einen Antrag bezüglich eines Protestes der Stadtverordnetenversammlung gegen die von der Regierung beabsichtigte Anhebung des Weizenpreises über den fünfjährigen Arbeitszeit ein. Auch der Antrag wurde angenommen. Im Zusammenhang mit den jüdischen Feiertagen hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der jüdischen Fraktion beschlossen, die Handelszeit in den Konjunkturläden am Sonntag, den 15. und Sonntag, den 22. d. M. bis 11 Uhr abends zu verlängern. Nachdem schrittweise die Debatte über das städtische Budget. Es sprach sich der St.-Verordnete Ulla (deutsche Fraktion) der feststellte, daß die städtische Wirtschaft viel zu wünschen übrig lasse, fernes Dr. Rosenfeld hat er darauf hinzuweisen, daß den Arbeiten der Stadtverordnetenversammlung seitens der Einwohner der Stadt kein Interesse entgegengebracht werde und teilte mit, die Tat der polnischen sozialistischen Partei, die für jüdische Angelegenheiten kein Verständnis habe und sie ebenso ignoriere, wie die ärgsten Chauvinisten. Stadtm. Adamski stellte fest, daß das städtische Defizit bereits 300 Millionen betrage, während Stadtm. Helman bestätigte, daß das Defizit bis auf 600 Millionen

